

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Lageblatt Riesa,  
Fennus Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1580.  
Stroßlaffe:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 101.

Sonnabend, 30. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Bierzig Stunden?

Einführung der 40-Stundenwoche durch Notverordnung?

Der Entwurf einer Notverordnung über die Einführung der 40-Stundenwoche liegt vor, so daß die Verwirklichung einer der meistforderten Forderungen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte. Durch die Verordnung werden die verschiedenen Industrien in zwei Gruppen geteilt, deren erste jene Betriebe umfaßt, wo künftig Mehrarbeit über 45 Stunden wöchentlich von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörde abhängig gemacht werden soll, während der zweiten Gruppe diejenigen Betriebe zugehört sind, wo in Zukunft eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden als normal gelten soll, so daß hier also schon bei der 41. Stunde die Genehmigungspflicht beginnt würde. In der ersten Gruppe sind zum Beispiel die Betriebe des Bergbaus, des Salinenwesens, der Industrie der Steine und Erden, der Eisen-, Stahl- und Metallwaren, der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugindustrie, der elektrotechnischen Industrie, der Feinmechanik, optischen, chemischen und Textilindustrie, der Papierindustrie und des Vertriebswesens, der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie, des Baugewerbes und seiner Nebengewerbe, des Groß-, Ein- und Ausfuhrhandels, der Banken- und Privatversicherungen.

Wird nun die tatsächliche Einführung der 40-Stundenwoche die große Bedeutung erlangen, die man sich von ihr verspricht, als man begann, sie ernsthaft zu diskutieren? Diese Frage ist glatt und kategorisch zu verneinen. So einleuchtend das Rechenexempel ist, daß durch die Herabsetzung der Arbeitszeit um 8 Stunden das Arbeitslosentum um ein Sechstel herab, die jetzt noch in Beschäftigung stehen, vermindert wird, so wenig trifft dies Beispiel für die gegenwärtige Situation zu. Das Statistische Reichsamt hat festgestellt, daß im März in der Gesamtindustrie täglich 6,52 Stunden gearbeitet wurde, was also eine Wochenarbeitszeit von etwas mehr als 38 Stunden ausmacht. Von Seiten der Arbeitgeber sind dem Reichsarbeitsministerium schon im November vergangenen Jahres Unterlagen dafür vorgelegt worden, daß im September vergangenen Jahres die Kurzarbeit schon bis auf 60 Proz. der Industrie ausgebreitet war; die Entwicklung hat sich inzwischen fortgesetzt, so daß heute beinahe gefagt werden kann, daß mit einer Notverordnung über die 40-Stundenwoche bei den meisten deutschen Industrien offene Türen eingerannt werden. Das war schon im Herbst vergangenen Jahres die Meinung einer großen Zahl von Vertretern der Industrie, wofür eine damals veranstaltete Umfrage der „Deutschen Bergwerkszeitung“ Zeugnis ablegte.

So wurde von der Robert Bosch A.-G. Stuttgart feierlich erklärt: „Es ist unsere Auffassung, daß ein Betrieb, der dauernd so beschäftigt ist, daß er volle 48 Stunden in der Woche arbeiten kann, schon etwas tun müßte, um durch Kürzung der Arbeitszeit die Auslastung zu ermöglichen. Wir selbst hatten im Jahre 1930 die 40-Stundenwoche insoweit, als alles in allem gerechnet die durchschnittliche Arbeitszeit eines Bosch-Arbeiters im Jahre 1930 = 39,8 Stunden betrug.“ — Der Deutsche Braunkohlenindustrie-Verein erklärte, daß im Durchschnitt der ersten 7 Monate 1931 annähernd die 40-Stundenwoche erreicht wurde. Die Felten und Guilleaume Carlswerk A.-G. betonte: „Man muß unterscheiden zwischen gegenwärtigen und vielleicht kommenden besseren Zeiten. Bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen bestehen keine Bedenken, die 40-Stundenwoche als maximal zu beschreiben.“ Ganz ähnlich lauteten die Äußerungen von einer ganzen Anzahl anderer maßgebender Werke der deutschen Industrie. Das bedeutet, daß in der gegenwärtigen Situation die Einführung der 40-Stundenwoche durch Notverordnung in der Tat nicht viel mehr, als eine nachträgliche Legitimierung eines bestehenden Zustandes ist, daß also eine solche Notverordnung nur böswillig zum Gegenstand agitatorischer Kritik gemacht werden könnte.

Etwas anderes allerdings ist es mit der Frage nach der Dauer dieser Regelung. Hier herrscht begrifflicher Weise auf Seiten der Mehrzahl der Arbeitgeber die Auffassung, daß bei der gegenwärtigen Festigkeit der internationalen Konjunktur die Aufrechterhaltung der 40-Stundenwoche bei etwaiger Wiederbelebung der Konjunktur untragbar sei, wobei natürlich die Frage der Lohnangleichung an die niedrigere Arbeitszeit entscheidend ist. Man wird bei der Prüfung dieses Standpunktes zweierlei zu berücksichtigen haben. Einmal in erster Linie die Frage der gleichmäßigen internationalen Einführung der 40-Stundenwoche, wie sie auf der internationalen Arbeitskonferenz des vergangenen Jahres und der eben abgeschlossenen Arbeitskonferenz ausgiebig diskutiert wurde, und andererseits die Frage, ob selbst eine spätere Hochkonjunktur die Produktionskapazität der durchrationalisierten Industrien einmal wieder ausfüllen können, wenn man wieder zur 48-Stundenwoche zurückkehrt. Beide Probleme hängen naturgemäß auf das innigste miteinander zusammen und es kommt lediglich auf den Geist an, in dem eine künftige Regelung vorbereitet wird, wobei die kulturellen Auswirkungen einer Verkürzung der Arbeitszeit mit ihren unabsehbar wichtigen Möglichkeiten zur Kompensation der ungelunden einseitigen Inanspruchnahme des Arbeiters in der durchmechanisierten Welt durch sportliche Betätigung und Erholung, kaum überschätzt werden können. So wird man eine notverordnete 40-Stundenwoche im gegenwärtigen Augenblick nur als den Ausgangspunkt einer neuen Arbeitspolitik bewerten können, die erst in kommenden besseren Zeiten vor wirklich entscheidende Entschlüsse gestellt sein wird.

## Baldige Wiederaufnahme der Unterredungen in Genf.

Genf. Die deutsche, englische, amerikanische, italienische und französische Delegation haben gestern ein gemeinsames Communiqué ausgeben, in dem es heißt: In der Villa Bessinge, dem gegenwärtigen Wohnort des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, hat heute nachmittag unter dem Vorsitz Ramsay MacDonalds eine Besprechung zwischen den gegenwärtig in Genf weilenden Hauptdelegierten Deutschlands, Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens stattgefunden. Es herrschte Einverständnis darüber, daß es dringend erwünscht sei, daß die mit der Aussicht auf gute Ergebnisse zwischen den Führern dieser Delegationen eingeleiteten Unterredungen sobald wie möglich wieder aufgenommen würden, nachdem sie dadurch unermesslich weit unterbrochen wurden, daß der französische Ministerpräsident Lardieu im Augenblick nicht nach Genf zurückkehren konnte. Es ist beabsichtigt, daß die Wiederaufnahme der Unterredungen innerhalb der nächsten 14 Tage stattfindet. Der genaue Zeitpunkt wird dieser Tage festgelegt.

### Der Eindruck des Communiqués.

Genf. Bei der deutschen Delegation wird die soeben veröffentlichte Vereinbarung über die Fortsetzung der Staatsmännerbesprechungen um so mehr begrüßt, als Reichskanzler Dr. Brüning vor seiner Abreise in seinem dringenden Appell an die Weltpresse die Notwendigkeit betont hat, die großen politischen Fragen, zu denen vor allem die Abrüstungsfrage gehört, entschlossen und unverzüglich anzupacken. Dieses Communiqué ist ein Beweis, daß die maßgebenden Staatsmänner in dem Gefühl der schweren Verantwortung, die auf ihnen lastet, gewillt sind, die in Genf ansichtslos begonnenen Verhandlungen zu einem nahen Zeitpunkt fortzusetzen. Damit finden auch die in den letzten Tagen immer wieder aufgetauchten Gerüchte über eine Versackung der Abrüstungsverhandlungen ihre Erklärung. In den Kreisen der Besprechungen, deren Fortsetzung nunmehr in Aussicht genommen worden ist, gehören auch die anderen aktuellen Fragen, die noch in diesem Jahre gelöst werden sollen.

### Lardieus „zeitgemähe“ Krankheit.

Paris. Wie am Freitag nachmittag verlautete, ist der Zustand des Ministerpräsidenten Lardieu zufriedenstellend. Alle gegenwärtigen Nachrichten seien aus der Luft gegriffen. Das Fieber halte an, sei jedoch nicht hoch. Das Versagen der Stimme sei allerdings noch vollständig, so daß der Ministerpräsident zu völligem Schweigen gezwungen werde. Die Ärzte verbieten ihm, sein Zimmer zu verlassen und verordneten vor allen Dingen vollkommene Ruhe. Immerhin habe er am Donnerstagabend seine eigene, vom Unterstaatssekretär Rathala verlesene Rede im Rundfunk hören können.

In hiesigen politischen Kreisen mehren sich die Stimmen, die die Erkrankung des Ministerpräsidenten für, wenn auch bedauerlich, so doch „sehr zeitgemäß“ halten. Lardieu sei es dadurch erspart geblieben, die französische These unter höchst ungünstigen Mitteln zu verteidigen. Die Aus-

sprache mit Dr. Brüning, MacDonald und Stimson hätte zu nichts geführt, da die Auffassungen zu stark voneinander abwichen. Man stellt hier das völlige Versagen der Abrüstungsverhandlungen ziemlich unumwunden fest und bereitet sich darauf vor, die Schuld an einem negativen Verlauf der Konferenz nach erprobtem Rezept ausschließlich den anderen in die Schuhe zu schieben. In oppositionellen Kreisen wird allerdings in Verbindung mit den Wahlkämpfen scharfe Kritik an der Außenpolitik geübt, die Frankreich vollkommen zu isolieren droht.

### Reichskanzler Dr. Brüning in Berlin eingetroffen.

Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning traf heute früh mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 7,35 Uhr in Begleitung von Staatssekretär von Bülow wieder in Berlin ein.

### Bernunftlos

Paris, 30. April.

Der „Temps“ beschäftigt sich mit den Erklärungen, die Reichskanzler Dr. Brüning vor den Vertretern der internationalen Presse in Genf abgegeben hat. Das Blatt schreibt u. a., der Reichskanzler habe Formeln gefunden, deren scheinbare Harmlosigkeit recht beunruhigend sei. Dr. Brüning habe von den allzu zahlreichen Enttäuschungen gesprochen, die Deutschland auf außenpolitischem Gebiet erfahren habe. Die Tatsachen bewiesen aber doch offenkundig, daß Deutschland nur Vorteile erzielt habe, wie sie kein für die abschließende Entfesselung des Krieges verantwortliches Volk, das diesen Krieg nach vierjährigem hartem Kampf und beständiger Verletzung des Völkerrechts verloren habe, jemals der Edelmütigkeit seiner Besieger hätte erhoffen können.

Um seine einseitigen Betrachtungen kurz vor dem ersten Wahlgang auch noch agitatorisch zu gestalten, findet der „Temps“, daß Deutschland für all die großen Wohltaten, die es empfangen habe, nichts getan habe, es sei denn, die nationalsozialistische Agitation und Aufregung, der sich Deutschland mit einer Art Raserei hingebe, und die in so gefährlicher Weise die Ausföhrungs- und Friedenspolitik kompromittiere.

Es ist begreiflich, daß „Journal des Debats“ in der gleichen Weise operiert wie der „Temps“, und daß auch dieses Blatt in kaum glaublicher Uebertreibung die Erklärungen Dr. Brünings zu innenpolitischen Zwecken auszunutzen versucht. Er schreibt, man wolle Brüning nicht etwa beschuldigen, daß er den Krieg wolle. Er wolle aber — wie seine Vorgänger zu Zeiten Wilhelm II. —, daß Deutschland stark genug sei, um auf friedlichem Wege seinen Willen durchzusetzen. Da aber dieser Wille Forderungen umfasse, die mit dem Recht der anderen Nationen unvereinbar seien, würde sein System, das die Nationalsozialisten noch brutaler anwenden würden, zum Kriege führen.

## Die Grundbedingung für Lausanne:

### Keine Zwischenlösung mehr.

London. Zu den Unterredungen zwischen Stimson, MacDonald und Brüning meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die drei Staatsmänner sich über die Notwendigkeit einig geworden seien, in Lausanne auf eine endgültige und nicht auf eine Zwischenlösung hinzuwirken. Ein weiteres Moratorium von sechs Monaten oder von zwei bis drei Jahren könne keine Lösung bringen. Zwischenlösungen würden das Vertrauen und die Festigkeit der Verhältnisse nicht wieder herstellen. Die englische Auffassung stimme mit der deutschen darin überein, daß eine ausländische Ueberwachung der deutschen Wirtschaft und Finanzen nicht in Frage komme, wie das etwa bei einer Verpfändung von Eisenbahnobligationen der Fall sein würde. Die Frage sei daher, ob Deutschland offen seine Zahlungsunfähigkeit erklären solle oder ob Frankreich mit kleinen Jahreszahlungen, die aus den laufenden Einnahmen des deutschen Staatshaushalts bestritten werden könnten, zufriedengestellt werden könne. Brüning habe zum Ausdruck gebracht, daß Summen von 16 bis 20 Millionen Pfund gar nicht in Frage kämen. Zweifelslos seien England, Amerika, Deutschland und wohl auch Italien entschlossen, in Lausanne mit dem System der Zwischenlösungen endgültig Schluss zu machen.

## Völkerverbund nimmt Ostafrika-Einschließung an.

Genf. (Zuspruch.) Die Völkerverbundversammlung hat unter Stimmhaltung Japans heute einstimmig die Einschließung über die Schanghai Waffenstillstandsverhandlungen angenommen und sich sodann bis zu einer neuen Einberufung vertaalt.

## Hitler sieht das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl an.

München. Rechtsanwalt Dr. Frank II hat im Auftrag Hitlers beim Reichswahlprüfungsgericht Aufschüttungsfrage gegen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl erhoben. Die Klage wird begründet mit der „mißbräuchlichen Anwendung des Rundfunks im Dienste des Präsidentschaftskandidaten von Hindenburg“, sowie mit einer Fülle „verfassungsverstoßiger, polizeilicher und sonstiger behördlicher Maßnahmen“.

## Die Beratungen des Zentrums.

Berlin. (Zuspruch.) Im Fraktionszimmer der Zentrumsfraktion des Reichstages begannen schon heute Sonnabend vormittag die Beratungen des Vorstandes der Zentrumspartei, die sich mit den bevorstehenden Aufgaben im Reich und mit den Fragen, die sich aus dem Ergebnis der Wahlen, namentlich der Preußenwahl, erheben, beschäftigen sollen. Die Verhandlungen werden in strengster Vertraulichkeit durchgeführt.

## Gründung einer Betriebsgesellschaft zur Weiterführung der Junkerwerke.

Dessau. (Zuspruch.) Zum Zweck der Weiterführung der Junkerwerke ist in Berlin unter Beteiligung der Stadt Dessau eine Betriebsgesellschaft in Form einer G. m. b. H. gegründet worden, deren Anteilhaber Mitglieder der Werke sind. Die vorläufige Führung der Vorhandels-geschäfte hat Handelskammerpräsident Dr. Kaufmann aus Dessau übernommen. Man hofft, durch die Gesellschaft den 2000 Angestellten und Arbeitern Gehalt und Lohn zahlen und Rohstoffe beschaffen zu können. Voraussetzung dafür ist aber, daß auch das Reich seine Unterstützung leiht. Die handelsgerichtliche Eintragung der Gesellschaft ist beantragt, aber noch nicht erfolgt.